



Mit dem Kantonswechsel beginnt die Gefängnisrochade

Volle Berner Gefängnisse Ab 2026 gehört das Regionalgefängnis Moutier zum Kanton Jura. Die Ausschaffungshaft wird nach Witzwil verlegt.



Das Regionalgefängnis Moutier bietet Platz für rund 30 Personen. Momentan sind dies ausschliesslich zur Ausschaffungshaft eingewiesene Personen. Foto: Raphael Moser

Jana Kehl

Ab dem 1. Januar 2026 wird die Gemeinde Moutier nicht mehr zum Kanton Bern, sondern zum Kanton Jura gehören – und damit auch das dortige Regionalgefängnis, welches derzeit Platz für knapp 30 eingewiesene Personen in Ausschaffungshaft bietet.

Dem jurassischen Justizvollzug kommt der Wechsel gelegen: Dank den zusätzlichen Kapazitäten kann das Gefängnis in Pruntrut geschlossen werden, wie das Fernsehen SRF am Mittwoch berichtete. Es steht seit Jahren in der Kritik, die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) sprach von «unmenschlichen und erniedrigenden» Haftbedingungen.

Der Kanton Bern hingegen muss nun in einer ohnehin schon angespannten Gefängnissituation neue Kapazitäten schaffen: Die Ausschaffungshaft wird gegen Ende 2025 von Moutier nach Witzwil in eine bestehende Wohngruppe der offenen Anstalt verlegt.

Ein «neues Setting»

Bei einer Ausschaffungshaft handelt es sich um eine verwaltungsrechtliche Zwangsmassnahme, die eine behördlich angeordnete Ausreise aus der Schweiz sicherstellen soll. Sie kann beispielsweise angeordnet werden, wenn Anzeichen für das Unter-



tauchen oder die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit vorliegen.

Trotz unterschiedlicher Haftformen dürfte es mit dem Kantonswechsel in anderen Berner Gefängnissen noch enger werden.

die Haftbedingungen und die Infrastruktur klar vom Strafvollzug unterscheiden.

Laut NKVF erfüllt das Regionalgefängnis Moutier diese Vorgaben nicht: Der «klare Gefängnischarakter» schränke Personen in Ausschaffungshaft zu stark in ihren Freiheitsrechten ein, vermerkte die Kommission im Sommer in einem Schreiben an die Berner Regierung.

Der Berner Regierungsrat entgegnete in seiner Stellungnahme, diverse Massnahmen wie etwa eine Anpassung der Zellenöffnungszeiten zur nötigen Differenzierung bereits getroffen zu haben. Zudem werde die Ausschaffungshaft in Witzwil in einem «neuen Setting» vollzogen.

IT-Panne in der Verwaltung

Trotz unterschiedlicher Haftformen dürfte es mit dem Kantonswechsel Moutiers in anderen Berner Gefängnissen noch enger werden. «Diese sind zurzeit teilweise bis zu 130 Prozent ausgelastet», hält der Berner Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) auf Anfrage fest.

Ein wesentlicher Grund dafür ist eine IT-Panne in der kantonalen Finanzdirektion: Über

1000 Strafen drohen aufgrund von Verzögerungen im Busseinkasso bis in einem Jahr zu verjähren. Bei den betroffenen Fällen handelt es sich nicht um schwere Delikte, sondern um Ersatzfreiheitsstrafen mit kurzen Gefängnisaufenthalten.

Um diese dennoch vollziehen zu können, wollte die Sicherheitsdirektion mit 55 Gefängniscontainern die nötigen Kapazitäten schaffen. Der Grosse Rat hat den 5,5-Millionen-Kredit für den Bau und Betrieb im Juli aber abgelehnt. Laut Müller verdichtet der Kanton nach dem knappen Nein nun die Belegung in den Zellen und wandelt im Gefängnis Burgdorf Arbeitsräume in Zellen um.

200 neue Plätze in Witzwil

Derzeit bietet die Justizvollzugsanstalt in Witzwil rund 160 Plätze für eingewiesene Personen. Langfristig soll sie massiv ausgebaut werden: Mit einem zusätzlichen Bau will der Kanton weitere 200 Plätze für die Untersuchungs- und Sicherheitshaft sowie für den geschlossenen Vollzug schaffen.

Zu diesem «Schlüsselprojekt» der Justizvollzugsstrategie soll ein Wettbewerb durchgeführt werden, der Grosse Rat hat einem entsprechenden Kredit im Sommer zugestimmt. Insgesamt rechnet die Berner Finanzdirektion aktuell mit Gesamtkosten von 222 Millionen Franken.

Der Neubau dient zugleich als Ersatz für das Regionalgefängnis Biel, das rund 40 Plätze für eingewiesene Personen bietet. Auch Inhaftierte der Justizvollzugsanstalt Thorberg dürften nach Witzwil verlegt werden, wodurch Ersterer laut Philippe Müller «vermehrt für kürzere Freiheitsstrafen eingesetzt werden